



## **Niederschrift der Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Stadtvertretung Strasburg (Um.) am 17.12.2009**

### Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung

1.1.

Die Präsidentin der Stadtvertretung Strasburg (Um.) eröffnete die Stadtvertreterversammlung und stellte die ordnungsgemäße Ladung aller Stadtvertreter/innen fest. Von den geladenen 17 Stadtvertretern/innen sind 16 anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

1.2.

Mit der Einladung sind allen Stadtvertretern/innen die Tagesordnung und die dazu gehörigen Unterlagen übergeben worden.

Die Verwaltung bittet, folgende zusätzliche Beschlussvorlage aufzunehmen:  
Die Dringlichkeit der zusätzlichen Behandlung der Vorlage wurde durch den Bürgermeister mündlich vorgetragen.

1.2.1.

Die B-Vorlage Nr. 0001-Frakt-2009 „Initiativen der Stadt Strasburg (Um.) zur Erhaltung der Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose“ wurde den Stadtvertretern/innen per Post vom 08.12.2009 zugesandt und ist im öffentlichen Teil unter TOP 14 einzuordnen.

Die Stadtvertreter/innen stimmten dem Antrag einstimmig zu.

1.2.2.

Weiterhin wird die B-Vorlage 0014-Bau-2009, TOP 10 im öffentlichen Teil, „Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 5 der Stadt Strasburg (Um.) – Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Hausmüsstalweide“ zurückgezogen, da der Durchführungsvertrag zwischen dem Vorhabenträger und der Stadt Strasburg (Um.) noch nicht unterzeichnet wurde. Die B-Vorlage wird nach Unterzeichnung des Durchführungsvertrages erneut zur Beschlussfassung eingereicht.

1.3.

Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel stellte den Antrag, um 18:00 Uhr eine 15-minütige Pause einzulegen, damit die Stadtvertreter/innen Gelegenheit hätten, an der Veranstaltung „Lebendiger Weihnachtskalender“ in der Arztpraxis von Frau Dr. Hoffmann teilzunehmen.

Die Stadtvertreter/innen stimmten mehrheitlich dem Antrag zu.

Von den Stadtvertretern/innen gab es keine weiteren Ergänzungen/Änderungen zur Tagesordnung.

1.4.

Die Stadtvertretung bestätigte die Tagesordnung mit den o.g. Ergänzungen.

zu 2 Billigung der Niederschrift der 17.09.2009

Zur o.g. Niederschrift sind der Verwaltung keine Änderungen bzw. Ergänzungen eingegangen. Die Sitzungsniederschrift wurde einstimmig bestätigt und dient weiterhin als Arbeitsgrundlage.

zu 3 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse auf der Sitzung am 17.09.2009

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 17.09.2009 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- drei Grundstücksverkäufe in der Gemarkung Strasburg
- ein Grundstücksverkauf in der Gemarkung Gehren und
- die Vergabe von Bauleistungen zur Erneuerung der Außenfassade an der Regionalen Schule.

Die Stadtpräsidentin informierte alle Anwesenden über das Hausrecht während der Stadtvertreterversammlung, z.B. müssen die Handys ausgeschaltet sein und es dürfen keine Tonbandaufnahmen mitgeschnitten werden.

zu 4 Mitteilungen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informierte über die Arbeit der Verwaltung und über Mitteilungen der Rechtsaufsichtsbehörde (lt. Anlage)

zu 5 Einwohnerfragestunde

5.1.

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt informierte die Stadtpräsidentin die Anwesenden und Gäste über den Inhalt der Hauptsatzung der Stadt Strasburg (Um.).

In der Hauptsatzung der Stadt Strasburg, gemäß Änderungssatzung vom 07.05.2009, ist im Paragraph 2 „Rechte der Einwohner“ im Absatz 3 geregelt:

„Die Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, erhalten die Möglichkeit, den Bericht des Bürgermeisters anzuhören und in einer anschließenden Fragestunde Fragen an alle Mitglieder der Stadtvertretung sowie den Bürgermeister zu stellen und Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten.

Die Fragen, Vorschläge und Anregungen dürfen sich dabei nicht auf die Beratungsgegenstände der nachfolgenden Sitzung der Stadtvertretung beziehen. Für die Fragestunde ist eine Zeit von bis zu 60 Minuten vorgesehen.

Diese Festlegung in der Hauptsatzung der Stadt Strasburg fundiert auf dem Paragraph 17 der Gemeindeordnung, wo unter Fragestunde, Anhörung im Paragraph 1 bis 2 diese Regelung dargestellt und im Paragraph 3 erläutert wird, dass dies in der Hauptsatzung der jeweiligen Gemeinde näher geregelt wird. Im Paragraph 2, Absatz 4 der Hauptsatzung ist weiterhin geregelt, dass eine schriftliche Beantwortung von mündlich gestellten Fragen nur dann erfolgt, wenn die Beantwortung während der Sitzung nicht möglich ist.

Die schriftliche Beantwortung ist dem Fragesteller innerhalb von 10 Tagen zuzustellen. Ist das nicht möglich, sind die Gründe dafür dem Fragesteller mit einem neuen Termin für die Beantwortung schriftlich mitzuteilen.

In der Kommentierung dieser Festlegung in der Gemeindeordnung heißt es:

„Die Auskünfte müssen datenschutzrechtliche Erfordernisse beachten. Frage-, Vorschlags- und Anregungsrecht stehen nur den Einwohnern über 14 Jahre zu. Diese Rechte schließen das Recht ein, Fragen, Vorschläge und Anregungen ungestört zu äußern. Ortsfremde haben grundsätzlich in der Gemeindevertretung keines dieser Rechte zu erhalten.“ Deshalb nennen Sie, wenn Sie eine Frage stellen wollen, einen Vorschlag unterbreiten oder eine Anregung geben wollen, deutlich Ihren Namen und Ihre jetzige Wohnanschrift.

5.2.

In der Einwohnerfragestunde gab es von den anwesenden Einwohnern keine Anfragen an die Stadtvertreter/innen bzw. den Bürgermeister.

zu 6 Beratung über die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplanentwurfes 2010 der Stadt Strasburg (Um.) nach dem Haushaltserlass vom 30.11.2009  
Berichterstatter: Herr Herbert Krause, Kämmereiamtsleiter  
Vorlage: 0006-Bgm-2009

Den Stadtvertretern/innen lag eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplanentwurfes 2010 der Stadt Strasburg (Um.) vor. Die Aufstellung für die Stadtvertreter/innen basierte auf der im Monat November/Dezember durchgeführten Steuerschätzung und stellte sich hinsichtlich der zuvor übergebenen Orientierungszahlen in veränderter Form dar.

Der Zweite Stadtrat und Kämmereiamtsleiter Herr Herbert Krause gab zu dieser Mitteilungsvorlage Erläuterungen. Die Information des Zweiten Stadtrates und die Mitteilungsvorlage 0006-Bgm-2009 wurden zur Kenntnis genommen.

Durch den Bürgermeister wurde vorgeschlagen, aufgrund der kurzfristigen Übergabe des Haushaltserlasses und des neuen Zahlenmaterials eine Behandlung und Beschlussfassung des Haushaltsplanes in dieser Stadtvertreterversammlung nicht vorzunehmen. Der Hauptausschuss vom 02.12.2009 hatte dazu eine Empfehlung beschlossen, den Haushaltsplan in der ersten Sitzung des Jahres 2010 zu realisieren. Durch die anwesenden Mitglieder der Stadtvertretung wurde diese Verfahrensweise gebilligt.

Die Stadtvertretung unterbrach die Sitzung um 17:55 Uhr für eine 15-minütige Pause.

zu 7 Jahresabschluss 2008 und Entlastung des Bürgermeisters der Stadt Strasburg (Um.)  
Vorlage: 0016-Käm-2009

Zum Jahresabschluss 2008 und Entlastung des Bürgermeisters der Stadt Strasburg (Um.) lag der Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses an die Stadtvertretung vor.

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt auf der Grundlage der vorliegenden Jahresrechnung den Jahresabschluss der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2008 und erteilt dem Bürgermeister der Stadt Strasburg (Um.) die Entlastung.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 8 Bau eines Mini-Fußballspielfeldes an der Regionalen Schule 'Am Wasserturm' Strasburg (Um.)

Vorlage: 0005-Hau-2009

Die Stadtvertreterin Frau Diana Becker, SPD-Fraktion, erkundigte sich nach der Überweisung von 5,0 T€ von der Max- Schmeling-Stiftung zu diesem Projekt.

Der Bürgermeister Herr Norbert Raulin antwortete darauf, das das Geld bei der Stadt noch nicht eingegangen ist und weitere Spenden anlässlich des Neujahrsempfanges 2010 dazu genutzt werden sollen.

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) stimmt dem Bau eines Mini-Spielfeldes an der Regionalen Schule „Am Wasserturm“ Strasburg (Um.) zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die benötigten Eigenmittel für das Förderprojekt des Landwirtschaftsministeriums in Höhe von 19.690 € im Vermögenshaushalt für das Jahr 2010 einzuplanen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 9 Abwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 5 der Stadt Strasburg (Um.) - Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Hausmülldeponie Strasburg

Vorlage: 0013-Bau-2009

**Beschluss:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 5 – Errichtung einer Photovoltaikanlage - eingegangenen Stellungnahmen werden von der Stadtvertretung der Stadt Strasburg (Um.) mit folgendem Ergebnis abgewogen:
  - a.) berücksichtigt werden die Stellungnahmen unter Punkt 7; 10; 12; 14; 16; 17; 21; 23.1.3.2; 23.2.1.2; 30
  - b.) teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen unter Punkt 20; 23.2.1.1
  - c.) unberücksichtigt bleiben die Stellungnahmen unter Punkt 19; 23.1.1; 23.1.3.1; 24
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Träger öffentlicher Belange über das Ergebnis der Abwägung in Kenntnis zu setzen.

Es folgte eine Abstimmung zum Beschluss-Punkt 1:  
Beschluss-Punkt 1 a): einstimmig dafür  
Beschluss-Punkt 1 b): einstimmig dafür  
Beschluss-Punkt 1 c): einstimmig dafür

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 10 Entgeltordnung über die Benutzung der Sportstätten und des Kulturhauses für den Trainings- und Punktspielbetrieb/Pokalspiele  
Vorlage: 0013-Käm-2009

Der Stadtvertreter Herr Norbert Bahlke, Fraktion DIE LINKE, ist der Meinung, dass eine Nutzungsgebühr von 0,50 € für Kinder für den Trainingsbetrieb zu viel sei. Es sollten wieder Chips eingeführt werden.

Herr Telzerow und Frau Becker, SPD-Fraktion, sind der Meinung, dass jedes Elternteil 6,0 € für ihr Kind pro Jahr zahlen könnten. Das wäre für jedes Mitglied bezahlbar. Bei der Nutzung von Chips müssten die Anlagen wieder gewartet werden, oftmals treten Störanfälle auf. Auch um die Sport- und Kulturstätten in einem guten Zustand zu halten, sollten 0,50 € nicht zu viel sein.

Auch die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, CDU-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass nicht alle Sporteinrichtungen kostenlos genutzt werden könnten. Eine kleine Gebühr könnte die Stadt Strasburg (Um.) erheben.

Die Stadtvertreter Herr Roland Brauchler und Herr Heinz Anders, Fraktion DIE LINKE., hätten gern die Einbeziehung der Vorsitzenden der Vereine zur Entscheidungsfindung gesehen. Warum wurden die Vereine nicht zu den Ausschusssitzungen geladen, um deren Meinung zu hören.

Der Bürgermeister legte dar, dass in der öffentlichen Sitzung der Fachausschüsse auch die Teilnahme der Vereine möglich gewesen wäre. Lediglich ein Vertreter des Strasburger Sportvereins nahm an der Sitzung des Hauptausschusses teil und bestätigte den Vorschlag der Verwaltung.

**Beschluss:**

1. Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) beschließt die Entgeltordnung über die Nutzung der Sportstätten und des Kulturhauses für den Trainings- und Punktspielbetrieb/Pokalspiele durch Sportvereine der Stadt Strasburg (Um.)
2. Die Entgeltordnung tritt mit Wirkung vom 01.04.2010 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Dafür stimmten:	12
Dagegen stimmten:	3
Stimmenenthaltungen:	1

zu 11 Verordnung über das Halten und Führen von Hunden in der Stadt Strasburg (Um.)  
- Hundehalterverordnung -  
Vorlage: 0012-Bau-2009

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes machte der Bürgermeister Herr Norbert Raulin den Vorschlag, diese Beschlussvorlage als erste Lesung in der Stadtvertretung zu betrachten.

In Auswertung der Hauptausschusssitzung vom 2.12.2009 wurde die Fachaufsicht des Landkreises Uecker-Randow angeschrieben, um vor Beschlussfassung in der Stadtvertretung einige rechtliche Dinge zu klären wie z.B.

- Definition des Zwangs zur Mitführung entsprechender Reinigungsmaterialien
- Leinenzwang
- Ausweisung von Flächen für den Freilauf von Hunden

11.1.

Die Stadtvertreterin Frau Thea Wasserstrahl, Bürgerbündnis, stellte den Antrag, bis zur Klärung der rechtlichen Angelegenheiten, die Beschlussvorlage auszusetzen, danach erneut wieder zur Beratung vorzulegen.

Abstimmung zum Antrag von Frau Wasserstrahl: einstimmig dafür

11.2.

Die Beschlussvorlage wird nach Vorlage der Informationen des Landkreises erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

zu 12 Termine der Stadtvertreterersitzungen und des Hauptausschusses der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2010  
Vorlage: 0005-Bgm-2009

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) bestätigt den Sitzungskalender für die Sitzungen der Stadtvertretung Strasburg (Um.) und des Hauptausschusses der Stadt Strasburg (Um.) für das Jahr 2010.

Beginn der Hauptausschusssitzungen künftig um 18:00 Uhr.  
Beginn der Stadtvertreterersitzungen um 17:00 Uhr.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 13

Initiativen der Stadt Strasburg (Um.) zur Erhaltung der Hilfe aus einer Hand für  
Langzeitarbeitslose  
Vorlage: 0001-Frakt-2009

**Beschluss:**

Die Stadtvertretung Strasburg (Um.) fordert den Bürgermeister auf, gegenüber dem Bund und dem Land dafür einzutreten, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose im Job-Center der Arbeitsgemeinschaft Uecker-Randow erhalten bleibt.

Der Im Februar 2009 mit den Ländern gefundene Kompromiss der verfassungsrechtlichen Absicherung des Modells der Arbeitsgemeinschaft und des Optionsmodells muss weiter verfolgt werden. Zu dem darf es keine Einschränkungen für flexible vor Ort zu steuernde Arbeitsmarktprogramme geben.

Auch fordern wir angesichts der erheblichen Steigerung der Kosten der Unterkunft, die Struktur der Mitfinanzierung der Leistungen nach dem SGB II durch die Kommunen rasch zu verändern, um das ursprüngliche Ziel der Entlastung der Kommunen von Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Beschlussvorlage wurde einstimmig bestätigt.

Dafür stimmten:	16
Dagegen stimmten:	0
Stimmenenthaltungen:	0

zu 14

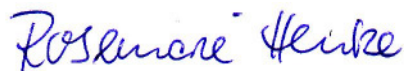
Anfragen und Mitteilungen der Stadtvertreter/innen und des Bürgermeisters

Die Stadtvertreterin Frau Gudrun Riedel, CDU-Fraktion, machte auf zwei Probleme aufmerksam:

1. Der Spielplatz im Wallgang steht bei bestimmten Spielgeräten ständig unter Wasser. Hier müsste Abhilfe geschaffen werden.
2. Könnte der Spielplatz im Wallgang mit einer Wippe/Schaukel oder Rutsche ergänzt werden?

Der Bau- und Ordnungsamtsleiter der Stadt Strasburg (Um.) wird hierzu eine kurzfristige Überprüfung vornehmen und über die Fachausschüsse die Stadtvertreter/innen informieren.

Der öffentliche Teil der Stadtvertreterversammlung ist beendet. Die Stadtpräsidentin wünschte allen Gästen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2010.



Rosemarie Henke  
Stadtpräsidentin



